Frau Staatsministerin
Christine Haderthauer
Stimmkreisbüro
Unterer Graben 77
85049 Ingolstadt

Sehr geehrte Frau Staatsministerin,

Der Bezirk Mittelfranken stellt in der Sitzung des Bezirkstages am 28.07.2011 ein Sparpaket zur Abstimmung, dass einen gravierenden Einschnitt in der Versorgung und Betreuung für Menschen mit Behinderungen darstellt.

Unter anderem sollen die Mittel für die psychosoziale Versorgung in Mittelfranken pauschal gekürzt werden. Dies betrifft vor allem präventive Angebote. Ein Sparen bei diesen Leistungen führt zu erheblichen Folgekosten!

Daneben sollen in den Wohnheimen für Menschen mit geistiger Behinderung Personalstellen für die direkte Betreuung der Bewohner abgebaut werden. Dies führt zu einer wesentlichen Verschlechterung der Teilhabemöglichkeiten der Menschen mit Behinderung. Nur noch Versorgung statt Förderung!

Durch das Sparprogramm des Bezirks Mittelfranken sind fast 400 Arbeitsplätze im Sozialen Bereich gefährdet. Die sowieso schon schwierigen Arbeitsbedingungen werden sich weiter verschärfen.

Der Bezirk Mittelfranken verweist immer wieder auf ein Gutachten des Bayerischen Kommunalen Prüfungsverbandes, dass die mittelfränkischen Städte und Kommunen initiiert haben. Aus diesem Gutachten gehe hervor, dass der Bezirk die höchsten Ausgaben in der Eingliederungshilfe habe. Die Wohlfahrtsverbände haben die Aussagen des Gutachtens in wesentlichen Teilen widerlegt. Die Ausgaben des Bezirks Mittelfranken sind nicht zu hoch, sondern liegen durchaus auf dem Niveau anderer Bezirke!

Der Bezirk Mittelfranken hat – im Gegensatz zu anderen Bezirken – landesweite Vereinbarungen und Verträge über fachliche Standards umgesetzt. Ihn nun hierfür zu kritisieren und an den Pranger zu stellen, ist nicht hinzunehmen.

Unsere fachlichen Stellungnahmen und unsere Angebote zur Zusammenarbeit wurden bis heute nicht gehört oder beantwortet. Eine Auseinandersetzung auf Augenhöhe scheint nicht erwünscht.

Die Überleitung der Eingliederungshilfe an den überörtlichen Sozialhilfeträger hat zu einer deutlichen Distanz der kommunalen Verantwortlichen in den Städten, Landkreisen und Gemeinden zu Fragen der Behindertenhilfe geführt. Die Menschen mit Behinderungen werden nur noch als nicht beeinflussbare "Umlagekosten" wahrgenommen. Wir wehren uns dagegen, dass auf dem Rücken von Menschen mit Behinderungen der Streit um die Finanzierung der kommunalen Haushalte ausgetragen wird. Sparen bei den Schwächsten in der Gesellschaft dürfen wir nicht hinnehmen!

Wir appellieren an Sie, Ihren Einfluss auf die Bezirkspolitik in Mittelfranken geltend zu machen, damit es hier zu keinen unsachgemäßen und unverhältnismäßigen Kürzungen in der Behindertenhilfe kommt. Gleichzeitig appellieren wir dringend an Sie, den Bezirk so zu stärken, dass hier die gesetzlich festgelegten Hilfen für Menschen mit Behinderungen und Pflegebedürftigkeit erbracht werden können!

Petra Mahr
Geschäftsführerin
Arbeiterwohlfahrt -Bezirksverband
Ober- und Mittelfranken e.V.

Michael Groß
Sachverständiger der römisch-katholischen Kirche im mittelfränkischen Sozialausschuss/
Sprecher der *Caritas*

Martin Ruffertshöfer
Sachverständiger des Diakonischen Werks im mittelfränkischen Sozialausschuss/Sprecher der *Diakonie*

Stefan Müller
Sprecher der mittelfränkischen *Lebenshilfen*

Christiane Paulus
Geschäftsführerin des Bezirksverbands des *Paritätischen* Wohlfahrtsverbands in Mittelfranken